

Aus Bund und Ländern

BÄK: Gebühren müssen Investitionen decken

KÖLN. Die im Einigungsvertrag vorgesehene Senkung um 55 Prozent der Vergütung ärztlicher Leistungen im Gebiet der DDR hält die Bundesärztekammer für falsch. Mit einer so ausgerichteten amtlichen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) sei es nicht möglich, dringend erforderliche Investitionen im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung zu fördern, erklärte der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar.

Vor allem medizinisch-technisches Gerät könnten sich DDR-Ärzte bei solcher einer Gebührenordnung nicht leisten. Denn der am unterschiedlichen Lohnniveau zwischen Bundesrepublik und DDR orientierte Abschlag von den Gebühren berücksichtigt nicht, daß die Ärzte in der DDR ihre Geräte in der Bundesrepublik kaufen

müssen. Die Absenkung lasse sich auch nicht durch Ausschöpfen des Gebührenrahmens ausgleichen. Bei öffentlichen Kostenträgern sei nämlich eine Steigung des Gebührensatzes ausgeschlossen und die private Krankenversicherung biete für die DDR einen Basistarif an, der die volle Ausnutzung des Gebührenrahmens der GOÄ nicht zulasse.

Die Bundesärztekammer erwartet vom Bundesarbeits- und Sozialministerium, daß das Vergütungsniveau in der DDR an die sich ändernden Wirtschaftsbedingungen angepaßt wird. Ansonsten, so Karsten Vilmar, werde den Ärzten in der DDR jede finanzielle Grundlage zur Investition entzogen. Gerade die benötigten sie aber, wenn sie sich niederlassen und damit die ambulante Versorgung verbessern wollten.

Die Bundesärztekammer mahnte im übrigen nochmals die Anpassung des GOÄ-Leistungsverzeichnisses an die zwischenzeitliche medizinische Entwicklung an. EB

Pharma-Industrie gegen Preisabschläge

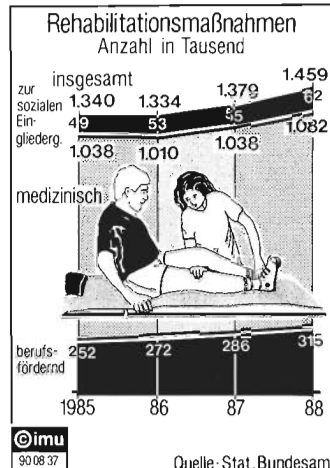
FRANKFURT. Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie hält die im Zweiten Staatsvertrag vorgesehene Absenkung der Herstellerpreise von Arzneimitteln um 55 Prozent in der DDR für nicht durchsetzbar. Es sei ein Unding, die Preise für Medikamente per Diktat um mehr als die Hälfte zu senken, ohne zu überlegen, womit die Herstellungskosten gedeckt werden sollten, erklärte ein Sprecher des Bundesverbandes.

Bundesarbeits- und Sozialminister Norbert Blüm warf er vor, sich eine verbraucherfreundliche Regelung ohne Rücksicht auf Konsequenzen für die Hersteller ausgedacht zu haben: „Seine Suppe läßt Herr Blüm mal wieder die Pharma-Industrie auslöfeln.“ Mehrere Pharma-Un-

ternehmen aus der Bundesrepublik haben bereits angekündigt, daß sie zu solchen Bedingungen keine Produkte in die DDR liefern wollen. ICI-Pharma erwägt sogar eine Verfassungsklage gegen die vorgesehene Regelung. Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie beurteilt die Chancen einer Verfassungsklage allerdings skeptisch. Ein solches Verfahren würde sich für die Unternehmen zu lange hinziehen, sagte ein Sprecher. hb

IPPNW: Naturzerstörung als Kriegsursache?

BONN. Der zentrale Kongreß 1990 der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)“ findet am ersten Oktoberwochenende in der Bundeshauptstadt Bonn statt. Mehr



Fast drei Viertel der Rehabilitationsmaßnahmen waren 1988 – dem jüngst vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Berichtsjahr – medizinischer Art, fast 22 Prozent dienten der Berufsförderung und 4 Prozent der sozialen Eingliederung. Rheumatische Erkrankungen des Skeletts, der Muskeln oder des Bindegewebes sind die häufigsten Ursachen (37,8 Prozent) für die Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen. Die meisten der 1,3 Millionen Rehabilitanden (60 Prozent) waren Männer. Insgesamt überwogen Erwerbstätige mit rund 68,5 Prozent Anteil.

als 1000 Ärztinnen und Ärzte werden in der Beethovenhalle und im Brückenforum über die Gefahren eines Atomkrieges und dessen medizinische Folgen diskutieren. Auch die jüngsten Perspektiven der Abrüstung wollen die Ärzte beraten. Besonders werden sie sich mit dem verantwortlichen Umgang mit der Erde befassen, und dies nicht nur im Hinblick auf einen Atomkrieg, sondern auf sämtliche Gefahren durch die menschliche Zivilisation.

Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth wird am 5. Oktober ab 18 Uhr bei der Kongreßöffnung ein Grußwort sprechen. Vorträge über die Naturzerstörung als „Ursache künftiger Kriege“ und Wege, dies zu verhindern, halten am 6. Oktober Prof. Robert Jungk und Bärbel Dohley sowie der IPPNW-Mitbegründer Till Bastian. EB

Fälschungerschwerte Rezepte im Kommen

KÖLN. Im ersten Halbjahr 1990 stellten Ärzte insgesamt 611 000 fälschungerschwerte Privatrezepte aus. Gegenüber der ersten Hälfte des vergangenen Jahres entspricht das einer Steigerung von 1300 Prozent. Der Anteil der fälschungerschwerten Privatrezepte liegt damit bei 12,4 Prozent der in der ersten Hälfte 1990 insgesamt 4 908 000 ausgestellten Privatrezepte. Der Deutsche Ärzte-Verlag, der die fälschungerschwerten Rezepte entwickelt hat und seit Juni 1988 anbietet, sieht in dieser Entwicklung einen Hinweis darauf, daß diese Rezeptart zunehmend von vielen Ärzten akzeptiert wird. EB

Wiederum mehr Tote durch Drogen

WIESBADEN. Die Zahl der Drogentoten ist in diesem Jahr im Bundesgebiet sprunghaft gestiegen. Allein in den ersten acht Monaten starben 771 Menschen nach dem Gebrauch von Rauschgift, 200 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. afp

Kongreß katholischer Ärzte in der Welt

BONN. Die „Katholische Ärztarbeit Deutschlands“ will ihre Tätigkeit auf das Gebiet der DDR ausweiten. Zum 17. Weltkongreß der katholischen Ärzte in Deutschland (14. bis 19. September) in Bonn haben sich bereits 80 Ärzte aus der heutigen DDR angemeldet. Ebensoviele Ärzte aus der Bundesrepublik wollen kommen. Zusammen mit 132 Kollegen aus den Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas wollen sie fünf Tage lang über die Perspektiven der Arbeit katholischer Ärzte in der Welt diskutieren und neue Aufgabengebiete finden. WZ